



Sachlichen Umgang mit Anträgen aus dem Beirat üben.

Begründung:

Außenstehende Beobachter aus dem In- und Ausland kamen zu der Meinung, dass es bezüglich der Zustimmung oder Ablehnung der Anträge im Waller Beirat mehr davon abhängt, wer den Antrag gestellt hat, als dass sachliche Gründe den Ausschlag geben.

So wurden in der Vergangenheit Anträge der AfD grundsätzlich abgelehnt, egal wie sinnvoll die Anträge waren oder nicht. Beispiele gibt es viele. Es bedarf nur der Durchsicht der Protokolle, um die Gründe für diesen Antrag, welcher höchstwahrscheinlich ebenfalls abgelehnt wird, nachzuvollziehen.

Meist werden die AfD-Anträge ohne weitere Erörterung abgelehnt.

Da beklagt man lieber immer wieder Miss-Stände, wie z.B. die Problematik mit den Mietrollern. Auch der AfD-Antrag in dieser Sache wurde, offenbar aus ideologischen Gründen abgelehnt. Selbst völlig unpolitische Anträge (z.B. mehr Nistmöglichkeiten für Mauersegler) wurden abgelehnt, offensichtlich, weil von der falschen Partei eingebracht.

Einige abgelehnte AfD-Anträge wurden nach mehr oder weniger langer „Schamfrist“ einfach von anderer Seite übernommen, um dann voll des Lobes behandelt zu werden. Das bekannteste Beispiel sind die Bemühungen des AfD-Vertreters um einen neuen Baumarkt für Walle.

Andererseits werden Anträge, welche sich effektiver auf dem kleinen Dienstweg erledigen ließen, offenbar nur gestellt, um mit möglichst vielen Anträgen zu glänzen. Es sollte so sein, dass Mängel im Stadtbild (obsolete Beschilderung, abgesackte Gehwegplatten, fehlendes Ballfangnetz...) der zuständigen Dienststelle gemeldet werden. Meistens werden die Mängel innerhalb weniger Tage beseitigt, ohne dass es eines Antrages im Beirat bedarf. Aber wenn man einen Antrag wegen eines fehlenden Ballfangnetzes stellt, dabei noch die Unfallgefahr hervorhebt, fehlt einem völlig das Verständnis, wenn durch einen Anruf bei der Stadt die Lösung schneller erreicht werden kann, als durch einen Antrag, wo offenbar mehr die Profilierung Motivation war, denn Interesse an Behebung der Unfallgefahr.

Es gibt Raum für die Annahme, dass beschriebenes Verhalten systembedingt ist. Entsprechende Anweisungen werden ausgeführt. Wer nicht funktioniert, wird in den „Zigarrenladen“ (Parteizentrale) beordert, und bekommt seine „Zigarre“.

Mitunter kann man ganz normal und sachlich mit jemanden von „der anderen Seite“ reden. Aber wehe, es kommt zufällig in die Nähe...Selber schon erlebt, als ich mit jemanden gesprochen habe, der es auf einmal ganz eilig hatte, als

jemand aus seinem politischen Lager in den Laden kam. Vor einigen Jahren bei REWE erlebt. So geht es von unten bis ganz oben.

„Wir koalieren und reden nicht einmal mit der AfD“ hört man immer wieder von Vertretern der „demokratischen Parteien“, welche nicht müde werden, sich gegenseitig ermuntern, was gegen die „böse AfD“ machen zu müssen...

War es vor Corona so, dass die AfD in Walle immer wieder als rechtsradikal beschimpft wurde, so sind die „Demokraten“ davon abgerückt, seit es die Übertragungen im Internet gibt.

An Stelle der NS-Vorwürfe tritt nun eine weitgehende Ignorierung dessen, was die AfD in Walle sagt oder an Anträgen stellt.

Daher offenbar auch keine Erörterung der AfD-Anträge, „weil es keine Zusammenarbeit mit Nazis geben darf“. Kurz ablehnen und weiter in der Tagesordnung. Anfangs hatte man sich mit vielen Anträgen der AfD nicht befasst, bis festgestellt wurde, dass solch ein Verhalten rechtswidrig ist.

Formell ist gegen die ständigen Ablehnungen nichts einzuwenden. Aber das unsachliche Ausgrenzen macht besonders im Ausland keinen guten Eindruck.

Das scheinen einige auch zu wissen, und lehnen Aufzeichnungen der Internetübertragungen vehement ab, womöglich, um nicht irgendwann mit dem doch recht antidemokratischen Verhalten konfrontiert zu werden.

Wenn denn die politische Arbeit so gut wäre, wie immer wieder vorgegeben, dann wären Aufnahmen und deren Verbreitung begrüßenswert und gute Werbung.

Nach dem bisher Erlebten gehe ich davon aus, dass die Aufzeichnungen einiger Beiratssitzungen und das Einstellen im Internet eher die antidemokratischen und diskriminierenden Verhaltensweisen offenbaren, denn ein Bild echter Demokraten reflektieren.

Außenstehende im In- und Ausland haben mir deren Meinungen gesagt, so dass ich mich bestärkt fühle, dem Mobbing nicht nachzugeben.

Manche Menschen waren schon nach dem Beiwohnen einer Beiratssitzung „restlos bedient“.

Daher beantrage ich, künftig sachlich mit allen Anträgen zu verfahren, und nicht nur deswegen abzulehnen, weil diese im Namen einer bestimmten Partei eingebracht wurden.

Bremen, 22. Sept 2021

Gerald Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)